



Europaausschuss
Der Vorsitzende

Kiel, 3. März 2021

Landeshaus

Tel. (0431) 988 1154

(0431) 988 1152

Fax (0431) 988 610 1180

Europaausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t (n e u , 2 . F a s s u n g)

über die 41. Sitzung des **Europaausschusses**

am Mittwoch, dem 10. Februar 2021, 10:00 Uhr
als Videokonferenz

Beginn: 10:15 Uhr

- 1. Bericht der Landesregierung über die aktuelle Situation an der deutsch-dänischen Grenze aufgrund der Corona-Pandemielage, insbesondere in Bezug auf die Situation der Grenzpendler, Auszubildenden, Studierenden und von Familien**

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 19/5299](#)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Europaministeriums über das Regierungshandeln im Hinblick auf Einreisebestimmungen und Corona-Testpflichten im deutsch-dänischen Grenzland entgegen. Es schloss sich eine kurze Diskussion an.

- 2. Bericht der Staatskanzlei über die nationale Strategie zur Integration der Roma und deren Umsetzung sowie über den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma vom 7. Oktober 2020**

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 19/5218](#)

Stellvertretend für den Chef der Staatskanzlei berichtete Staatssekretär Hoops dem Ausschuss über die nationale Empfehlung zur Verbesserung der gesellschaftlichen Situation der Roma und das weitere Prozedere auf europäischer Ebene. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

- 3. a) Bericht der Staatskanzlei über den aktuellen Sachstand der Umsetzung der Minority SafePack Initiative auf europäischer Ebene**

Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)

[Umdruck 19/5219](#)

- b) Bericht und Einschätzung der Landesregierung zur Ablehnung der Europäischen Kommission, die Bürgerinitiative Minority SafePack (MSPI) umzusetzen**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 19/5204](#)

Der Ausschuss nahm von Herrn Staatssekretär Hoops in Vertretung des Chefs der Staatskanzlei einen Bericht über den aktuellen Sachstand im Zusammenhang mit der Haltung der Europäischen Kommission zur Minority SafePack Initiative entgegen und führte hierüber eine ausführliche Diskussion.

4. Europäische Gesundheitspolitik stärken - EU-Bürgerinnen und Bürger besser vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren schützen

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2399](#)

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

5. Lieferkettengesetz jetzt!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2301](#) (neu)

Der Vorsitzende wies die Ausschussmitglieder darauf hin, dass der Umweltausschuss beschlossen habe, eine mündliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen und die mitberatenden Ausschüsse dazu einzuladen.

6. Jugendpolitik im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft stärken

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2456](#)

Nach kurzer Diskussion wurde die Beratung über die Vorlage auf die Sitzung am 10. März 2021 mit der Bitte vertagt, das Sozialministerium möge zu dem Punkt berichten.

7. Erasmus+ ab 2021: Zielgruppengerechte Programmausgestaltung

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/1434](#)

Der Tagesordnungspunkte wurde abgesetzt.

8. a) Bundesländer in die Mittelvergabe im Rahmen des Aufbauinstruments Next Generation EU einbeziehen

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/2561](#)

Ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Fundament bei der Mittelvergabe aus den EU-Fonds zur Bewältigung der Pandemie- und der Klimakrise

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2627](#)

b) European Green Deal muss auch in der Krise die sozialökologische Wende bringen!

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/2608](#)

Die Ausschussmitglieder kamen überein, am Rande der Februar-Tagung des Landtags zum Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, [Drucksache 19/2561](#), einen Beschluss zu fassen.

Für die weitere Beratung des Alternativantrags der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2627](#), und des Antrags der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/2608](#), nahm der Ausschuss in Aussicht, die Beratungen des Umweltausschusses abzuwarten.

Abg. Poersch regte an, zu [Drucksache 19/2608](#) die schleswig-holsteinischen Mitglieder des Europäischen Parlaments für ein Fachgespräch in den Ausschuss einzuladen.

9. Bericht aus dem Ausschuss der Regionen (AdR)

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Abg. Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zu den jüngsten Beratungen des AdR entgegen.

10. Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte die Ausschussmitglieder über die Möglichkeit, dass sich der Europaausschuss vom 21. bis 24. Oktober 2021 an einer Reise nach Kaliningrad beteiligen werde. Diese solle unter Leitung des Landtagspräsidenten gemeinsam mit dem Europaministerium zu den Dokumentarfilmtagen „Territorium Film“ stattfinden.

Weiter kündigte der Vorsitzende an, dass der Ausschuss zur Fortsetzung der europapolitischen Zusammenarbeit vorbehaltlich der Zustimmung des Landtagspräsidenten und des Ältestenrats im Januar 2022 eine Reise nach Straßburg planen könnte.

Auf Bitten von Abg. Poersch erläuterte Abg. Voß, dass der Antrag aus Schleswig-Holstein, TOP 81 der Bundesratssitzung vom 12. Februar 2021 (Bundesratsdrucksache 93/21), auf einem einvernehmlichen Beschluss der Energieminister von Bund und Ländern basiere.

Der Vorsitzende sprach an, dass das vom Ausschuss schon im Februar 2020 ins Auge gefasste Fachgespräch über Punkt 8 der Vorlage „Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion“, [Drucksache 19/1931](#), in einer der nächsten Sitzungen als Videokonferenz stattfinden könnte. Die Fraktionen werden gebeten, der Ausschussgeschäftsführung gegebenenfalls bis zum 19. Februar 2021 weitere Vorschläge zu übermitteln, wer dazu eingeladen werden sollte.

Schluss: 12:00 Uhr

gez. Thomas Wagner